



Thema: attac,

URL: http://www.wienerzeitung.at/616535

WIENER ZEITUNG .at



Leitartikel
Was Österreich lernen kann

Login | Registrieren

Artikelsuche

20. März 2014

von Reinhard Göweil



Themen Channel | Meinungen | **Dossiers** | Fotos | Amtsblatt | Abo | WienWiki | Newsletter | ePaper

1914 | 310 Jahre Wiener Zeitung | Arabische Revolution | Asyl | Comics & Mangas | Datagramm | Netzpolitik | Die Akte Hypo | EU-Freizügigkeit

Sie sind hier: Dossiers > Welthandel > US-Verhandler: Keine... >



Der amerikanische Chef-Verhandler für das EU/USA-Handelsabkommen wirbt für dieses bei einem Besuch in Wien.

© APAweb / EPA, Julien Wamand

Wien. Der US-Chefverhandler für das geplante EU/US-Freihandelsabkommen, Daniel Mullaney, beruhigt Politiker und Nichtregierungsorganisationen in Europa, dass es im Zuge des Abkommens nicht zu einer Senkung von Sozial- und Umweltstandards kommen wird. Es gehe um die Harmonisierung von Vorschriften und Abschaffung "unnötiger Unterschiede", sagte Mullaney am Donnerstag vor Journalisten in Wien.

Die EU müsse im Zuge des Abkommens etwa keine Regelungen bei der umstrittenen Förderung von Schiefergas und -öl ("Fracking") oder bei Gentechnisch Veränderten Organismen (GVO) lockern. Im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit orientiere man sich an den Regelungen der Welthandelsorganisation (WTO). "Es geht darum, unnötige Unterschiede bei Vorschriften zu reduzieren", betonte Mullaney. Als "nicht notwendige Regulierung" führte er etwa an, dass es zwischen der EU und den USA einen Unterschied bei zugelassenen Weinherstellungsverfahren gebe. Dadurch werde der Handel zwischen den beiden Ländern behindert.

Werbung für Abkommen

Mullaney versucht heute bei Gesprächen mit österreichischen Parlamentariern, Wirtschaftsvertretern und Sozialpartnern in Wien für das Abkommen zu werben. Ein Bündnis von Nicht-Regierungsorganisationen - darunter Attac und Global 2000 - mobilisiert hierzulande gegen das in Verhandlung befindliche Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Die NGOs erwarten keinen wirtschaftlichen Vorteil für die Bürger der EU und USA durch das Abkommen, sehen aber Umwelt- und Sozialstandards in Gefahr.

Ein durchschnittlicher Haushalt würde von besseren Jobs, höherem Wirtschaftswachstum, größerer Produktvielfalt und niedrigeren Preisen profitieren, entgegnete der US-Chefverhandler. Auch kleinere und mittlere Betriebe (KMU) könnten durch das Abkommen im Export reüssieren. Laut Schätzungen des britischen Centre for Economic Policy Research (CEPR) könnte ein umfassendes Freihandelsabkommen das Bruttoinlandsprodukt der EU und USA um 0,4 Prozent (120 Mrd. Euro) bzw. 0,5 Prozent (95 Mrd. Euro) bis zum Jahr 2027 steigern.

Der US-Chefverhandler verwies auf die engen Handelsverflechtungen zwischen der Europäischen Union und den USA. Die beiden Seiten würden auf Basis von

Flattax **Arbeitsplatzsicherung**
Mindestlohn **Flexibilität**
Verteilungsgerechtigkeit
Freihandelszonen **Liberalisierung**
Vermögenssteuer

Werbung

Beliebte Inhalte

Meistgelesen

1. Wird DiTech saniert oder bleibt nur der Konkurs?
2. Bankenunion wird Realität
3. Solidaritätswelle für DiTech
4. Roaming-Aus als Falle
5. Minister vor Aufsichtsrat: Will auf alles vorbereitet sein

Meistkommentiert

1. Regierung zog bei Hypo Reißleine
2. Spindelegger schließt Sparpaket wegen Desasters nicht aus
3. Berlin versetzte Richter
4. Bundesländer mauern bei Hypo
5. UniCredit legt Sparprogramm auf

Wissen

Freihandelsabkommen

Zwischen "reizvoller" wirtschaftlicher Dynamik und böser Vorahnung wegen der Informationssperre

Wien/Brüssel. (vee/wak) Die EU verhandelt derzeit über ein Abkommen zum Abbau von Zollschranken und "Handelshemmnissen" mit den USA - das... [weiter](#)

EU

TTIP: Geschlossene Gesellschaft

Washington/Brüssel/Wien. Auf Ignacio Garcia Berceo, EU-Chefverhandler für das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP... [weiter](#)



EU

Großer Streitpunkt Gentechnik

Wien. (aum) Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sind Standard in den USA. 88 Prozent des dort angebauten Mais und 94 Prozent der Sojabohnen sind... [weiter](#)



Freihandelsabkommen

Hintergrund: Freihandelszonen

Berlin. In einer Freihandelszone vereinigen sich mehrere

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

